



Paul Federer,
Obwaldner
Baudirektor

Was sagen Sie zum Tempo des Astra?

Das Bundesamt für Strassen (Astra) realisiert die Sofortmassnahmen auf der A 8 schneller als vorgesehen und will zudem die beiden Fahrrichtungen trennen (Ausgabe von gestern). Wir sprachen mit dem Obwaldner Baudirektor Paul Federer über die neusten Entwicklungen.

Wie beurteilen Sie die neusten Pläne des Astra und das Tempo, das angeschlagen wird?

Paul Federer: Ich bin erfreut, dass das Astra die Massnahmen schneller umsetzt als ursprünglich geplant. Und ich begrüsse auch, dass schon bald eine provisorische Leitplanke die Fahrspuren trennen wird.

Sie haben bisher immer ein Fragezeichen hinter Tempo 80 gesetzt. Jetzt muss man langsamer fahren, bis das Provisorium steht.

Federer: Letztlich ist das Astra für die Nationalstrassen zuständig. Ich bin kein Verkehrsexperte. Wenn man jetzt eine vorübergehende Temporeduktion verfügt, kann ich das nachvollziehen. Wenn Unfälle, Verletzte und Todesopfer vermieden werden können, ist das unbezahlbar. Wenn die Beschränkung auf 80 Kilometer pro Stunde länger dauern würde, bin ich nicht sicher, ob das die Wirkung hätte, die man sich davon verspricht. Im dichten Verkehr liegt das Tempo schon heute kaum über 80. Mit einer dauernden Beschränkung auf 80

könnte sich die gefahrene Geschwindigkeit darunter bewegen. Das würde die Leistungsfähigkeit der A 8 vermindern.

Wer bezahlt diese Sofortmassnahmen?

Federer: Der Bund, denn hier geht es um einen Netzausbau. Zu 100 Prozent zahlt der Bund auch Netzerweiterun-

NACHGEFRAGT

gen, wie zum Beispiel einen Vollanschluss Alpnach Süd. Einzig bei Netzvollendungen muss sich der Kanton mit drei Prozent an den Kosten beteiligen. Darunter fällt etwa die Verbindung Lungern Nord-Giswil Süd.

Das Astra will etwa im Jahr 2020 eine definitive Leitplanke auf der A 8 bauen und dabei die Strasse verbreitern. Gibt es da Zusagen vom Bund?

Federer: Eine schriftliche Zusage gibt es noch nicht. Der Bund ist ein verlässlicher Partner, und ich gehe davon aus, dass diese Etappe auch dann realisiert wird. In den bisherigen Gesprächen war immer von einem Zeitraum von 10 bis 12 Jahren für Mittelleitplanke und Verbreiterung die Rede. Jetzt scheint das Astra in der Lage zu sein, dies schneller umzusetzen, was ich begrüsse.

Für die Verbreiterung der A 8 muss der Bund Land erwerben. Ist der Kanton da involviert?

Federer: Auch hier ist grundsätzlich das Astra für die Verhandlungen zuständig. Wir würden bei Bedarf Unterstützung bieten. Beispielsweise könnte der Kanton Hinweise geben für einen Landtausch oder Ähnliches.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@obwaldnerzeitung.ch

Der Poststelle Lungern droht die Schliessung

OBWALDEN Die Gemeinde am Brünig wäre die erste im Kanton, die ihre Poststelle verliert: Dagegen wehrt sich der Gemeinderat – mit Hilfe des Volkswirtschaftsdirektors.

CHRISTOPH RIEBLI
christoph.riebli@obwaldnerzeitung.ch

«Es ist noch nichts entschieden», sagte Franz Huber von der Post-Konzernleitung zur allfälligen Schliessung der Lungerner Poststelle am Dienstagabend im Pfarreizentrum vor rund 100 Interessierten. «Wenn wir uns der Sache 100-prozentig sicher wären, müssten wir nicht darüber reden», unterstrich Huber. Und zu reden gab es einiges am Dorfgespräch der CVP Lungern, das von Kantonsrat Niklaus Vogler moderiert wurde. Kaum jemand hatte Freude, dass die «Post» zu einer Agentur werden soll. Das würde heissen, dass der Kunde künftig seine Briefe und Päckli selbstständig wägen und dann bargeldlos mit der Postkarte bezahlen müsste. Oder: Ein Dorfladen führt als Partner einen Verkaufsstand, der rund 90 bis 95 Prozent der Dienstleistungen einer regulären Poststelle abdecken soll.

Post legt 100 Millionen drauf

Keinen Hehl machte Franz Huber aus den eigentlichen Motiven: «Die betriebswirtschaftliche Betrachtung hat Vorrang.»

Und konkreter: «Unter dem Strich legen wir bei dieser Poststelle drauf.» 100 Millionen Franken Defizit fährt die Post mit ihrem gesamten Poststellennetz jährlich ein. Diese Kosten gelte es zu optimieren.

Doch nicht in Lungern, lautete der Tenor der Anwesenden. Denn anders als auf der Frutt, in Kägiswil, Wilen, Stalden und im Melchtal, wo seit 2008 Poststellen in kostengünstigere Geschäftsmodelle überführt wurden, handelt es sich in Lungern um keinen Aussenbezirk: «Wir sind eine Gemeinde im Wachstum mit 2000 Einwohnern und einem rechten Anteil Gewerbe», sagte Gemeindepräsident Sepp Vogler, «die Poststelle gehört ins Dorf, die Rentabilität darf nicht der einzige Massstab sein, sonst wird die ländliche Bevölkerung immer verlieren.» Bereits zuvor hatten drei Gespräche zwischen Post und Gemeinderat stattgefunden – ohne Einigung.

Konzerngewinn für Service public

Verständnis für die Post und deren Bundesauftrag, kostendeckend zu arbeiten, brachte Volkswirtschaftsdirektor Niklaus Bleiker auf. Doch: «Die Post soll mit ihren Gewinnen den Service public mitfinanzieren. Dazu gehört, dass eine Gemeinde wie Lungern eine bediente Poststelle hat», forderte er. Denn dank dem Ertrag der Post Finance hat der Halbjahresgewinn des gesamten Unternehmens jüngst 370 Millionen Franken erreicht. Obwohl Bleiker gegenüber der Post den «dringenden Wunsch» äusserte, das Angebot aufrechtzuerhalten, appellierte er zugleich, dass die Lungerner ihre Poststelle vermehrt benützen.

81 Einzahlungen, 176 Briefe, 28 Pakete und 19 eingeschriebene Sendungen sind der Post an einem durchschnittlichen Tag (2013) zu wenig. Besonders Einzahlungen und Sendungen, die abgeholt würden, seien rückläufig, war von den drei anwesenden Postvertretern zu erfahren. «Es ist Tatsache, dass das Geschäftsvolumen runtergeht», sagte Franz Horn, Leiter Netzdesign, zum veränderten Kundenverhalten aufgrund der fortschreitenden Technologisierung. Im Vergleich zum Vorjahr habe es in Lungern von Januar bis August gar 7,5 Prozent weniger Kundenkontakte gegeben.

Angst vor «Negativspirale»

Thomas Egger, Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, legte den Lungenern nahe, ihre Post und die Dorfläden häufiger zu benutzen: «Meistens ist es das Ende eines Rattenschwanzes, wenn über die Schliessung diskutiert wird. Die Post ist eine der Letzten, die geht. Dann setzt eine Negativspirale ein, und die Gemeinde wird unattraktiv.» Auch Mathias von Ah, Geschäftsführer der Gasser Felstechnik AG, bereitet dies Kopfzerbrechen. Man habe bereits jetzt Mühe, Fachleute zu rekrutieren und diese zu überzeugen, nach Lungern zu kommen.

Bis Ende Jahr bleibt alles beim Alten. Wie es in Lungern weiter geht, entscheidet die Post. Als letztes Mittel könnte die Gemeinde einen missfallenden Entscheid anfechten. Eine unabhängige Kommission würde die Lage neu beurteilen und eine Empfehlung abgeben. Vorerst gehen die Gespräche weiter.

Abgespeckter Vorschlag für Übergänge

NIDWALDEN Der Kredit für die Sanierung der Bahnübergänge kommt erneut vor den Landrat. Die Regierung hat eine halbe Million eingespart.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

Die ungesicherten Bahnübergänge auf dem Streckennetz der Zentralbahn (ZB) sollen so schnell wie möglich saniert werden. Das habe der jüngste, tragische Unfall beim Bahnübergang «Allmend» in Wolfenschiessen im August (siehe Kasten) einmal mehr verdeutlicht, schreiben die ZB und die Nidwaldner Regierung in einer Mitteilung.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat einen Zusatzkredit von 3,8 Millionen Franken. Hauptgrund für den Zusatzkredit sind die notwendigen Strassenanpassungen, so die Regierung in der Mitteilung. Den ursprünglichen Kredit von 4,3 Millionen Franken hatte der Landrat im Mai zurückgewiesen und Einsparungen verlangt. Das Parlament hatte sich am Vorgehen der Regierung gestört, kurz vor Auslauf eines 2009 bewilligten Kredites einen Zusatzkredit in fast gleicher Höhe zu verlangen.

Sicherheit an erster Stelle

Sparmöglichkeiten haben ZB und Kanton bei verschiedenen Strassenknoten gefunden. Diese hätten optimiert werden können, ohne die Sicherheit auf der Strasse zu gefährden. Das bringe eine Einsparung von 500 000 Franken. Die Anpassungen hätten zur Folge, dass bei einem Bahnübergang im Bereich Vorder Ey die 60er-Beschränkung auf der Kantonsstrasse um 150 Meter verlängert würde, sagt Baudirektor Hans Wicki. «Bei der Parketterie in Wolfenschiessen, wo

heute Tempo 70 gilt, würde eine Beschränkung auf 60 signalisiert», so Wicki weiter. Die Begrenzung habe es erlaubt, die Knoten bei diesen Bahnübergängen etwas anders zu gestalten.

Gespräche mit Betroffenen

Eine weitere Einsparung um eine halbe Million Franken orten ZB und Regierung beim Verzicht auf den Bahnübergang auf Höhe der Bettermann AG.

Dies bedinge jedoch einen rechtzeitigen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit den Grundeigentümern, welche mittels Landtausch und Realersatz entschädigt würden, steht in der Mitteilung. Hans Wicki ist guter Dinge, dass das gelingt: «Wir sind mit allen Betroffenen im Vorgespräch.» Er hofft, dass bis zur Landratssitzung im Oktober ein Resultat vorliegt.

ZB-Geschäftsführer Renato Fasciati

betont auf Anfrage, dass die Sicherheit beim Bahnunternehmen an erster Stelle stehe. «Darum tun wir alles, damit wir die Bahnübergänge termingerecht bis Ende 2014 sanieren können.»

Landrat Martin Zimmermann (SVP, Ennetbürgen) ist nicht glücklich mit dem Vorschlag. «Es wurde zu wenig eingespart, und nicht alle Optionen wurden berücksichtigt.» Natürlich stehe die Sicherheit im Vordergrund, doch liege der

Betrag noch immer 80 Prozent über dem ursprünglichen Kredit. «Nicht den Wahnsinn» findet die Vorlage auch Niklaus Reinhard (FDP, Hergiswil). Die Geschichte sei kompliziert. «Die Pläne widerspiegeln unser Sicherheitsbedürfnis. Letztlich müssen wir überlegen, was uns unsere Sicherheit wert ist.»

Vertreter weiterer Parteien hatten noch keine Gelegenheit, sich vertieft mit der Vorlage auseinanderzusetzen.



Bahnübergang in Wolfenschiessen.
Bild Corinne Glanzmann

Warten auf Expertenbericht

UNTERSUCHUNG cgl. Nach dem Unfall mit drei Todesopfern und fünf Schwerverletzten auf einem Bahnübergang in Wolfenschiessen hat die Nidwaldner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sie klärt ab, ob strafbare Handlungen vorliegen. Laut Auskunft von Staatsanwältin Carmen Lingg wurden dazu diverse Personen befragt und vor Ort Abklärungen getroffen. Nun wartet die Staatsanwaltschaft den Untersuchungsbericht der Schweizerischen Unfalluntersuchungsstelle (Sust) ab, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Die Untersuchungen seien abgeschlossen, erklärt Philippe Thürler, Leiter des Bereichs Bahnen und Schiffe bei der Sust, auf Anfrage. Diese hätten gezeigt, dass der Zug einwandfrei funktioniert habe. Da es sich um einen unbewachten Bahnübergang handelte, waren dort keine Untersuchungen nötig. Der noch zu erstellende Sust-Bericht werde frühestens im Januar nächsten Jahres vorliegen.